

# Neubauer Neugier

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Beilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/25.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparlasse Neuba — Bankverein Wern.

Nr 19 Donnerstag, den 12. Februar 1931. 44. Jahrgang

## Curtius erstattet Bericht.

Berlin, 11. Februar.  
Im Regierungssitz: Reichskanzler Dr. Brüning, Außenminister Dr. Curtius.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes, und zwar nur das Kapitel über das Ministergehalt, da der Haushalt des Auswärtigen Amtes selbst noch nicht beraten ist. Verbunden mit der Beratung sind ein deutschnationaler Mitgliedsantrag gegen den Außenminister und zahlreiche außenpolitische Anträge und Interpellationen der Parteien. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten verlangen die Schaffung eines ausreichenden Grenzschutzes gegen politische Übergriffe sowie Maßnahmen zur Rückgabe der gerabunden Östmarken. Zahlreiche Interpellationen der Oppositionsparteien beschäftigen sich mit der Wölbungsfrage.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abg. Stöhr (Nat.-Soz.), während sich die Nationalsozialisten von den Vägen erheben,  
eine längere Erklärung.

Ohne zwingende Not habe das Kabinett den Artikel 48 in Anwendung gebracht. Rummehr hätten die Tribünenparteien auch eine verfassungswidrige Veränderung der Geschäftsordnung zur Vergegenwärtigung der Opposition durchgesetzt. Die Nationalsozialisten würden den Tributvortrag dieses Hauses des organisierten Verfassungsbruches (Präsident Hübner erteilt dem Redner eine Ordnungsruf), verlassen. Sie appellieren an den Reichspräsidenten, den Reichstag aufzulösen.  
„Wir verlassen das Jung-Parlament und werden dieses Haus erst wieder betreten, wenn sich etwa die Möglichkeit bietet, eine besonders lächerliche Rekrutierung der Mehrheit gegen die Minderheit abzuwehren.“  
Stürmischer Beifall bei den Nat.-Soz., die ein dreifaches „Heil“ auf Stiller ausbringen und dann unter hehrlichen Zurufen der Kommunisten und Sozialdemokraten geschlossen den Saal verlassen.

Abg. von Freitag-Borringhoven (Dnt.) gibt namens seiner Fraktion eine längere Erklärung ab, in der sehr gegen die Vergegenwärtigung der Minderheit durch die schwarz-rote Mehrheit protestiert und erklärt wird, daß die Deutschnationalen auf eine weitere Mitarbeit mit dieser Mehrheit verzichten. Die weiteren Ausführungen des Redners, die sich sehr gegen das bestehende System richten, werden durch stürmischen Beifall und Raus-Unde unverständlich. Präsident Hübner verliert ohne Erfolg, die Ruhe wiederherzustellen. Der Redner verläßt schließlich, ohne seine Ausführungen beenden zu können, unter dem Beifallsturm der Deutschnationalen die Rednertribüne, worauf die deutsch-nationale Fraktion geschlossen den Sitzungssaal verläßt.  
Abg. Dr. Wundt (Landvolk) schließt sich den Ausführungen der Rede an. Unter stürmischen „Raus!“-Rufen bei den Regierungsparteien verläßt dann auch die Landvolksfraktion den Saal.  
Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein.

### Reichsaußenminister Dr. Curtius

liest dann die außenpolitische Aussprache ab. Er erklärt einleitend, daß er sich nicht auf einen Bericht über die Genfer Verhandlungen beschränken, sondern von jener Grundlage aus den wichtigsten allgemeinen Fragen unserer Außenpolitik nachgehen werde. Er beginnt mit der Besprechung der Verhandlungen des Studienauschusses für europäische Zusammenarbeit. Den breitesten Raum nehmen in diesen Verhandlungen die Wirtschaftsverhandlungen ein. An erster Linie hat sich der Studienauschuss mit der landwirtschaftlichen Krise beschäftigt. Bis zum Mai sollen brauchbare Pläne vorgelegt werden.  
Es ist nicht zu verkennen, daß der Wille zur Zusammenarbeit auf allen Seiten zutage getreten ist. Die deutsche Auffassung auf dieser Frage ist in der Antwortnote auf das französische Memorandum niedergelegt und hat feinerzeit weitgehende Billigung in der deutschen Öffentlichkeit gefunden. Diese Auffassung bildete auch bei den letzten Genfer Beratungen die Grundlage der deutschen Stellungnahme. Daß die Sommerregierung sich im Prinzip bereit erklärt hat, an den Beratungen des Europausschusses teilzunehmen, begriffe ich mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu Ausland mit besonderer Genugung. Das Ergebnis unvollständiger Solidarität stellt sich einem immer wieder vor Augen, wenn man die Gesamtheit der großen europäischen Fragen sieht.

### Das Verhältnis zu Frankreich

Der Angelpunkt der großen europäischen Fragen ist das deutsch-französische Verhältnis.  
Es wäre verhängnisvoll für das Schicksal Europas, wenn ich nicht auch jenseits des Rheins die Erkenntnis der Ursachen durchsetze, die letzten Endes die heutige Situation in Europa herbeigeführt haben. Die Forderungen, für die wir uns einlegen, sind mit den Lebensnotwendigkeiten anderer Völker nicht unvereinbar und lassen sich auf dem Wege gerechten friedlichen Ausgleichs erfüllen.  
Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ein neues Gemeinheitsgefühl im Werden ist. Wir wollen aber nicht, daß das neue Europa auf der Grundlage unseres schweren Niederbruchs aufgebaut wird. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir uns mit dem französischen Volk auf diesem Wege zusammenfinden werden.

### Die Abrüstungsfrage

Der Minister geht dann auf die Abrüstungsfrage ein, die im Wölbungsrat eine bedeutungsvolle Rolle gespielt habe.

Nach der ganzen Haltung der deutschen Vertretung in der Vorbereitenden Abrüstungskommission war es selbstverständlich, daß wir das Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission ablehnten. Wir haben im Wölbungsrat nochmals dargelegt, daß der Konventionentwurf keine verpflichtende Kraft habe. Der endgültige Termin für die Abrüstungskonferenz ist jetzt endlich festgelegt. Sie beginnt im Anschluß an die Sanuarstagung des Wölbungsrats am 2. Februar 1932, zu einem Zeitpunkt, wo ein Teil der Außenminister ohnehin in Genf verammelt ist und eine lange pausenlose Arbeitsperiode zur Verfügung steht. Die Rekonventionen sind noch offen gelassen.  
Für uns ist entscheidend, daß wir einen klaren Rechtsanspruch auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung haben und daß wir uns nicht länger einer Verzögerung der Erfüllung dieses Anspruchs nicht abfinden werden.

Nach gestern hat der englische Außenminister erklärt, daß jedes Mitglied des Wölbungsrates durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sei. Für alle Welt ist die Lösung der Abrüstungsfrage der Prüfling des Wölbungsrates.  
Der Konflikt mit Polen  
Im Mittelpunkt der Tagung des Wölbungsrats stand die Behandlung der politischen Gewalttaten gegen die deutschen Minderheiten. Es war das erste Mal, daß eine Staatsmacht von sich aus die Minderheiten des Wölbungsrats auf eine Verletzung der Minderheitenschutzbestimmungen gegen hat. Der Sachverhalt lag so klar, daß eine Bemerkungsausschüsse nicht erforderlich war und der Rat zu einer sofortigen Entscheidung kam.  
Mit klaren Worten stellt der Bericht fest, daß in zahlreichen Fällen eine Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vorliegt. Er verlangt von Polen bis zum Mai eine Mitteilung der Ergebnisse der eingeleiteten Verfahren und der Entschuldigungsaktion. Ohne Nennung von Namen werden mit aller Deutlichkeit die Schwächen hingewiesen.  
Es ist für die Geschichte des Minderheitenschutzes von besonderer Bedeutung, daß die Feststellung von Vertragsverletzungen durch eine dem Wölbungsrat angehörende Macht in aller Deutlichkeit erfolgt ist und daß der Wölbungsrat eine Staatsmacht zu eindringlich aufgefordert hat, die vorhandenen Mißstände zu beheben.  
Daran ändern nichts genelle Erklärungen im Auswärtigen Amt, die in Deutschland, die vorgeblich zu bekräftigen versuchen.  
In der Möglichkeit der Nachprüfung der Berichte der polnischen Regierung bei den Maßnahmen liegt die wichtigste Garantie, die uns und den Minderheiten gegeben ist. Wir werden uns an dieser Aufgabe bis bisher aktiv beteiligen und nach Beendigung des politischen Minderheitentretes prüfen, ob die Möglichkeit für eine weitere Verbesserung des Minderheitenschutzverfahrens gegeben ist.

### Nemmeland und Ostafrika

Im Wölbungsrat wurden darüber hinaus die Nemmeland- und die Ostafrika-Frage behandelt. Von den strittigen Nemmeland hat nur diejenige des Betreibers eine Klärung gefunden. Wir hoffen, bald, je früher die Klärung zu kommen, aber daß ein Eingreifen des Wölbungsrats erforderlich sein wird. Bei der Frage der Kolonialmandate handelt es sich um die bekannten englischen Besitzungen, das ostafrikanische Mandatsgebiet mit den britischen Kolonien zusammenzufassen. Deutschland hat diese Besitzungen von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.  
Die Reichsregierung wird ihre weiteren Schritte mit dem Ausgang dieser Verhandlungen abhängig machen. Sie wird dabei keine Handhabe unbenutzt lassen, um der deutschen Auffassung von der Integrität der Selbstständigkeit der Mandatsgebiete Geltung zu verschaffen.

### Das Verhältnis zum Wölbungsrat

Der Minister macht dann Ausführungen über die allgemeine Einstellung zum Wölbungsrat. Genß haben wir oft Anlaß zu scharfer Kritik an den Beschlüssen des Wölbungsrats gehabt. Aber Kritik und Enttäuschung sind nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, unsere Mitgliedschaft und damit den Kampf in Genf aufzugeben. Selbstverständlich steht die Reichsregierung nicht auf dem Standpunkt, daß Deutschland unter allen Umständen im Wölbungsrat zu bleiben hätte. Wenn er sich der Erfüllung derjenigen Aufgaben, die die Grundlage seines Daseins bilden, verweigert, dann wären wir vielleicht eines Tages zu neuen Entschlüssen gezwungen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, den Wölbungsrat immer mehr zu einer Aktivität zu bringen, die seinem wahren Grundgedanken entspricht.

### Die Kriegsschuldfrage

Mit der moralischen Gleichberechtigung Deutschlands steht im engsten Zusammenhang die Kriegsschuldfrage. Alle deutschen Regierungen haben immer wieder gegen die Verfallter Kriegsschuldfrage höchste Verwahrung eingelegt.  
Ganz Deutschland ist darüber einig, daß ihm durch das einseitige Schuldblatt von Versailles schwerer Unrecht zugefügt worden ist. Zahlreiche Kundgebungen von amtlicher Seite haben den deutschen Standpunkt vor aller Welt klargelegt. Der Tag ist nicht fern, an dem Richter oder Geschworene zusammentreten werden, um endlich den Spruch der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu fällen.

### Reparationen.

Die Reparationsfrage, die ich zum Schluß behandelte,

trano nur in Genf zur Verhandlung. Seit einem Jahre ist der Neue Plan in Kraft. Unsere Gegner wissen, daß wir ihn nicht zerschellen werden.  
Wie die Unverbrüchlichkeit der Pflicht zur Zahlung privater deutscher Finanzschulden, so steht fest, daß wir über unsere öffentlichen Schuldverpflichtungen nur auf dem Vertragsboden, nur mit den Mitteln internationaler Rechtsordnung verhandeln und handeln werden. Aber unsere Gläubiger wissen auch, daß wir eine Garantie für die Erfüllung des neuen Plans abgeben haben.  
Die Reichsregierung hat am Neujahrstag dem Reichspräsidenten gegenüber die Verantwortung übernommen, daß das deutsche Volk durch unerträgliche Lasten nicht sozialer und sittlicher Grundlagen beraubt wird. Danach innen die Reparationsfrage der wichtigste Teil unseres gesamten Finanzproblems ist, so steht sie nach außen im Zusammenhang der Außenpolitik. Diese Zusammenhänge dürfen wir niemals außer acht lassen. Ich bin deshalb mit dem Reichsminister der Meinung, daß Zeitpunkt und Maßnahmen für eine Erleichterung unserer Lasten nicht außerhalb solcher Zusammenhänge bestimmt werden dürfen.  
Manche Kreise in Deutschland werden von der Anschauung beherrscht, daß wir in internationalen Verhandlungen das Gefühl für die Werte des nationalen Lebens verlieren, daß wir uns gleichsam in einen dem eigenen Volke feindlichen Zusammenhang verstricken lassen. Gerade in Genf und bei sonstigen internationalen Verhandlungen ist aber die Verantwortung für das deutsche Volk nach.

Gerade dort ist das Nationalbewußtsein hell und wird im internationalen Ringen um die Höherentwicklung der Menschheit nicht verurteilt.  
In diesem Ringen ist es aber von entscheidender Bedeutung, daß die geistige Gemeinschaft, die seitliche Mitarbeit, die Resonanz im Volk verbreitet und verheißt wird.  
Ziele der Reichsregierung  
Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt ihre außenpolitischen Ziele gekennzeichnet: Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege der Friedens und Abrüstung, einer Politik der Abrüstung. Hinter diesem Ziel steht die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes.

Die Rede des Außenministers wurde mit Ruhe aufgenommen und fand am Schluß den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. Präsident Hübner hielt darauf aus dem Sitzungssaal, daß in der Erklärung des Abg. Dr. von Freitag-Borringhoven Beleidigungen nicht enthalten seien.  
Der Präsident verliest einen Brief des Abg. Stöhr (Nat.-Soz.), in dem mitgeteilt wird, daß dieser sich als Reichspräsident niedersetzt und daß auch die beiden nationalsozialistischen Mitglieder des Vorstandes ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben.

### Die Aussprache.

Abg. Stampfer (Soz.) erklärt, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hätten darauf spekuliert, daß Deutschland in Genf eine Niederlage erleide. Nun es aber anders gekommen sei, betrachte sie den deutschen Sieg als Niederlage und rissen aus. Die Grundlage für die Forderung der Außenministers, daß als Deutschland und die Regelung des deutsch-französischen Verhältnisses angehen werden müsse. Die Reichsopposition habe an dieser Politik nur auszuweisen, daß sie nicht noch theatralischer und noch großmäuliger gewesen sei. Hätten wir eine Außenpolitik nach dem Wunsch dieser Herren gehabt, dann würde heute von Deutschland nicht ein Faser mehr übrig sein. (Beifall).

### Abg. Haas (Fk.)

stellt fest, daß die Verhandlungen durch den Auszug der sogenannten nationalen Opposition an Sachtigkeit und Beifreiheit gewonnen hätten. Die Rechte habe immer behauptet, die außenpolitische Aussprache müsse gegen den Willen des Ministers erzwungen werden. Nun aber, da der geistliche Opposition die Pflicht, im neuen Europa muß der Grundlag der ehrlichen Gleichberechtigung aller Völker durchgesetzt sein. Wir haben den Wunsch, daß eine gleichwertige Sicherung erreicht wird durch Abrüstung der anderen. Gegenüber den Grenzen, die der polnische Staat gefunden hat, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat auch gegen seine eigenen wirtschaftlichen Interessen in Versailles gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und diese müssen uns vorbedenken, festzustellen, wo die Minderheiten deutschen Rechtsanspruchs verläuft. Die geplante Neuregelung in Deutsch-Ostafrika entspricht nicht den Verpflichtungen, die England bei der Übernahme des Mandats übernommen hat. In der Kriegsschuldfrage, so betont der Redner weiter, an der Zeit für uns. In der Reparationsfrage wünschen wir eine Gesamtlösung. Wir brauchen Haß der inneren Verfüllung Sammlung und eine ehrliche, selbstbewußte Verantwortungsübernahme. (Beifall beim Zentrum).

### Abg. Daub (Dnt.)

steht in dem Auszug der Rechtsopposition die notwendige Folge einer Agitationspolitik, die aus dem Reichstag eine Wahlverlammlung machen wollte. Der Redner begründet die Genfer Entscheidung gegen Polen. Für die Führung der Genfer Verhandlungen gebühre dem Außenminister der Dank des Reichstags (Beifall). Die Revision der jetzigen Reparationsverpflichtungen ist dringend notwendig. Voraussetzungen für die innere Sanierung. Wir haben den Platonismus auf genaueste erfüllt, aber wir vermögen bei den anderen die Erfüllung ihrer Pflichten. Wir alle stehen unter Vater-

land mittelstens ebenlo heißt wie die sogenannte nationale Opposition. (Beifall.)  
Gegen 6.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 8 Uhr vertagt.

## Döhlengesetz vor dem Abschluß

Berlin, 11. Februar.

Wie wir erfahren, sind gestern die Beratungen der zuständigen Reichstagskommission über die Döhlengesetze abgeschlossen worden. Auch mit Preußen ist im wesentlichen eine Verständigung herbeigeführt worden bis auf einen strittigen Punkt: Die Garantieverträge. Der Reichsanwalt hat gestern mit dem preussischen Ministerpräsidenten die angelegentlichste Besprechung gehabt, um diese Differenzen aus der Welt zu schaffen. Bisher hat aber Preußen keine Zustimmung zum Reichsvorschlag noch nicht gegeben.

Bei dem ganzen Döhlengesetz handelt es sich um drei Gesetzentwürfe: Das erste Gesetz, Das Döhlengesetz. Es enthält die allgemeinen Hilfsmittel für die Grenzgebiete, wobei namentlich die Zeile hervorzuheben ist die die östliche Grenze enthält und westlich des Korridors schwer in Mitleidenhaft gezogen werden. Der Gesetzentwurf sieht zunächst eine gewisse Ausdehnung des jetzigen Döhlgebietes vor; für später, wenn die notwendigen Mittel gefast sind, würde dann vorausichtlich die Ausdehnung auf ganz Ostpreußen und einige westlich der Elbe gelegenen Kreise erstrecken.

Das zweite Gesetz, das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, regelt das gesamte Siedlungswesen.

Das dritte Gesetz bezieht sich auf die Abwicklung der Aufzugsgrundlagen und die Neugestaltung der Bank für Industrieobligationen.

## Schwierigkeiten in der Knappschaft

Reichshilfe gefordert.

Gelsenkirchen, 10. Februar.

Die Schwierigkeiten der Reichsknappschaft hatte die vier Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes zu einer gemeinsamen Kundgebung in Gelsenkirchen zusammengeführt. Reichstagsabgeordneter Imbusch, der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, leitete die Versammlung mit einer Eröffnungsansprache ein.

Das Hauptwort lag bei der Beschäftigung des freigestellten Bergbau-Industrie-Arbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Hülsmann, der einleitend die Entwicklung der Reichsknappschaft schilderte. Seit der Gründung der Reichsknappschaft vor sechs Jahren sei die Zahl der Bergarbeiter infolge der Modernisierung einer Million auf rund 600 000 im Oktober 1930 gefallen, die Zahl der knappschaftlichen Leistungsempfänger dagegen erheblich gestiegen.

Den Fehlbetrag der Reichsknappschaft bezifferte Hülsmann für 1930 mit über 70 Millionen Mark, für 1931 mit 85 bis 90 Millionen Mark.

Eine weitere Senkung der Ausgaben sei nicht möglich, da die Durchschnittsrente in der Reichsknappschaft 63 Mark im Monat betrage und die Bergarbeiter dann der Wollfabrikpflanze zur Last fallen müßten.

Es bleibe nur der Ausweg, daß die Knappschaft Reichszuschüsse erhalte.

Die Verpflichtung zu einer Reichszuschüsse habe man auch praktisch schon 1929 anerkannt, indem damals der Knappschaft 75 Millionen Mark gewährt worden seien. Der Gedanke, je Sonne der gefördertsten Mineralien einen Zuschuß zu erheben, gewinnt besondere Bedeutung, da im letzten Jahr im deutschen Bergbau annähernd 150 000 Bergarbeiter abgebaut worden seien, die Gesamtproduktion aber nur wenig zurückgegangen und das Leistungsergebnis je Mann und Schicht weiter gestiegen sei und zurecht im Ruhrbergbau 50 v. H. über der Vorkriegsleistung liege. Die Bergarbeiter, die kurz nach dem Kriege durch überhöhten und verlängerten Arbeitszeit große Opfer im Interesse der Wirtschaft hätten bringen müssen, die täglich Opfer im Interesse des Volksganges brächen, erwarteten, daß der Staat nicht ungehört verbleibe.

## Henderson zur Abrüstungsfrage.

Appell an Ehre und Verpflichtung.

London, 11. Februar.

Vor einer großen internationalen Freientragung hat der Außenminister der englischen Arbeiterregierung eine Rede über das Abrüstungsproblem gehalten, und er hat dabei Gedankengänge entwickelt, zu denen man nur aus vollster Überzeugung zu sagen kann. Er hat die Notwendigkeit einer internationalen Vereinbarung über den Abbau der Rüstungen hervorgehoben und die moralische Verpflichtung aller Mitglieder des Völkerbundes bekräftigt, die Abrüstung durchzuführen.

Er hat mit pathetischen Worten das Gesetz der Ehre angeufen und an die feierliche Verpflichtung erinnert, durch die der Völkerbundspakt die wirksame Abrüstung einzelner Nationen herbeiführt und damit die gleiche Haltung der anderen Nationen bedingt hat.

Er hat sich dazu bekannt, daß der gegenwärtige Zustand nicht fortbestehen kann. Man wird überall in der Welt und ganz besonders in Deutschland diese Worte des verantwortlichen Leiters der englischen Außenpolitik nicht nur hören, sondern sie sich einprägen, und man wird immer wieder auf sie zurückkommen und fragen, wie es mit ihrer Verwirklichung in der Praxis der nächsten Zeit aussieht. Minister Henderson hat ein Verprechen vor den Frauen der ganzen Welt gegeben, an dessen Einlösung sie ihn mit aller Eindringlichkeit erinnern werden.

## Erläuterung MacDonalds

Keine Aufrollung der interalliierten Schuldfrage durch England.

London, 11. Februar.

Im Unterhaus erklärte der Ministerpräsident an eine Anfrage hin, daß von der englischen Regierung keine Vorfälle erwogen würden, die darauf hinzielen, eine internationale Konferenz über die Frage der interalliierten Schulden und Reparationen einzuberufen.

Es mag überflüssig, daß überhaupt eine derartige Frage im Unterhaus gestellt wurde, da England mehrfach ganz deutlich erklärt hat, daß es von sich aus keine Schritte unter-

nehmen werde, um die interalliierte Schuldfrage Amerikas gegenüber anzuführen. Der Ursprung der Frage ist auf die Anwesenheit von mehreren amerikanischen radikaler Politikern zurückzuführen, die in einigen Kreisen der Arbeiterpartei gewisse Hoffnungen auf die Bereitwilligkeit Amerikas zu einer internationalen Aktion erweckt hatten, ohne daß hierfür eine hinreichende Begründung vorlag.

## Recht hat immer die Regierung.

Die Verhandlung im polnischen Sejm.

Warschau, 11. Februar.

Nach der Aussprache über den Haushalt des Innenministers, der besonders wegen Brest-Litovsk, der „Reparationsaktion“ in Dzigalitsin und der Wahlmännchenheftigen Angriffen der Opposition ausgelegt war, verließen die Oppositionsredner nachmittags, daß die letzten Geschicknisse die traurige Tatsache offenbart hätten, daß bei dem nachdringlichen Einfluß der Regierung auf die gesamte Gerichtsbarkeit die Unabhängigkeit der Justiz im Schwanden begriffen sei.

Das Besondere bei den Aussprachen im Sejm ist die Tatsache, daß Erklärungen gegen Erklärungen, Anklagen gegen Anklagen, Behauptungen gegen Behauptungen liegen und schließlich Recht nur die Seite erhält, die bei der Abstimmung die Mehrheit der Stimmen im Widerspruch nehmen kann — und das ist immer nur die Regierung.

## Deutsche Tageschau.

Reichsausführung des Gewerkschaftsringes.

Auf der 12. Reichsausführung des Gewerkschaftsringes in Berlin erstattete Reichsabgeordneter Lemmer als Generalsekretär des Gewerkschaftsringes den Jahresbericht. Die freitätig nationalen Gewerkschaften hätten in dieser Krisenzeit ihre finanzielle und organisatorische Schlagkraft absolut bedingt. Der Redner erörterte die verschiedenen Fragen der Wirtschaftspolitik und wies dabei besonders auf die Reparationsfrage hin, die von den deutschen Arbeitnehmern immer drückender empfunden würde. Nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt gefährde die internationale Schuldenerfüllung die Lebenshaltung der Arbeitnehmer und den sozialen und kulturellen Fortschritt der Völker.

Dr. Küll zum Oberbürgermeister Dresdens gewählt.  
In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung fand die Wahl des Oberbürgermeisters statt. Von den 74 anwesenden Stadtverordneten wurden 36 Stimmen für Reichsminister a. D. Dr. Küll, 28 für den früheren vormaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Hoff, 6 für den kommunalpolitischen Berliner Stadtrat Stolt und 4 weisse Zettel abgegeben. Dr. Küll, der damit zum Oberbürgermeister der Stadt Dresden gewählt wurde, nahm das Amt an. Für Dr. Küll stimmten die Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei.

Parteiinformen im Thüringer Landtag.  
Der Parteirat des Thüringer Landtages befaßte sich mit der Frage des Uniformverbots innerhalb des Landtages. In der letzten Vollversammlung der nationalsozialistischen Abgeordnete wurde vom sozialdemokratischen Abgeordneten Zeber aus dem Saale verlesen worden, weil er das Brandtamt trug. Der Parteirat kam zu dem Beschluß, den Abgeordneten vorläufig das Tragen von Parteiinformen nach Belieben zu überlassen, da die Geschäftsordnung keine Handhabe zum Einschreiten biete. Man wird sich aber in den kommenden Tagen mit der Frage befassen, ob die Geschäftsordnung dahingehend ergänzt werden soll.

## Auslands-Rundschau.

Die Befehung Litonis.

Die Befehung Litonis in Rom fand mit großer Feierlichkeit statt. Der Trauerzug wurde von herrlichem Folget und einem Bataillon des 1. Grenadier-Regiments eröffnet; Truppen bildeten Spalier in den Straßen, durch die der Trauerzug sich bewegte. Hinter dem Sarg schritten zahlreiche Vertreter der Regierung, der beiden Kammern und des Diplomatischen Korps.

Der Autonomienführer Macia begnadigt.  
Nach einer Meldung aus Barcelona hat die spanische Regierung den Führer der katalonischen Autonomisten-Partei, Francisco Macia, begnadigt. Macia war im Jahre 1929 aus Spanien ausgewiesen worden, weil er eine Aufrüstungsbewegung gegen den verstorbenen Diktator Primo de Rivera angezettelt habe. Er lebte in Frankreich und wurde erst kürzlich nach Litauen, als er heimlich die französisch-spanische Grenze überschritten hatte und in Barcelona aufgetaucht war.

Die Durchführung des amerikanischen Fostenaufbauprogramms.  
Der Kampf um die gesetzgeberischen Maßnahmen für das Fostenaufbauprogramm geht unermüdet weiter. Die republikanischen Führer wollen, wie ihre politischen Gegner behaupten, beabsichtigen, die Bauvorlage zunächst auf ein Nebengesetz zu schieben. Der Vorsitzende des Fostenausschusses im Senat, Hale, ist dagegen bemüht, die Vorlage so schnell wie möglich durchzubringen. Die Auseinandersetzungen erhielten neue Nahrung durch die Kürzung des Marinhaushalts um 36 Millionen Dollar (etwa 161 Millionen Mark).

Das Versammlungsvorbot in Frankfurt a. M. aufgehoben.  
Das am 13. Dezember 1930 für den Polizeidistrikt Frankfurt erlassene Verbot aller Umzüge, Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel ist am 9. Februar wieder aufgehoben worden.

Neue Verhaftungen in der Türkei.  
In Stambul wurden 31 Personen, darunter 15 Frauen, verhaftet. Neun Frauen wurden außerdem in Bursa verhaftet. Man weist ihnen vor, einer kommunistischen religiösen Vereinigung anzugehören.

## Aus der Umgegend

Nebrä, 12. Februar.

— Ehrung. Für seine länger als 30jährige Tätigkeit als Dirigent des Nebräer Männergesangsvereins wurde auf der am Sonntag im Gasthof Niederjörn abgehaltenen Tagung der Sängler des Untrugaues Herr Konreiter i. A. Sohlslein zum ersten Ehrenmitglied des Untrugaues ernannt. Des weiteren wurden für 25jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Sängerbund seitens des Gauverbandes die Sangesbrüder S. Schöder-Nebrä, Apis und Träger-Bottendorf, Schausell-Oberjörn durch Verleihung einer Gedentmünze geehrt. Aus dem Bericht des 1. Vorsitzenden geht hervor, daß der Gau Ende 1930 11 Vereine (3. 11. 12) zählt mit 442 Mitgliedern (295 Aktiven und 147 Passiven).

— Neuer Amtsvorsteher. In der am Montag stattgehabten Kreisversammlung wurde für den Amtsvorsteher des Untrugaues Herr Freyherd von Münchhausen anstelle des verstorbenen Herrn Grafen von der Schulenburg zum Amtsvorsteher gewählt.

— Straßensperrung. Die Straße Saubach — Bucha wird wegen haufenmäßigen Ausbaues in den Fluren Saubach und Bucha mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres für allen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird von Saubach über Bernsdorf nach Bucha und umgekehrt, der örtliche Verkehr auf die angrenzenden Orts- und Feldwege verwiesen.

— Schafft wieder Sparbüchsen an. Früher gehörte es zu den schönsten Freuden der Kinder, eine „eigene“ Sparbüchse zu haben, und auch gar manche Hausfrau war gläubig über solch ein Besitztum. Wußte man doch: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist der Taler nicht wert! Pflüchlich verstand das Kupfer, das Silber, das Silber, man rechnete allgemach mit Milliarden und Billionen und zübelte sich „Ispoheshalber“ mit Millionenheinen seine Zigarette an. — Nun leben wir wieder wie einst, haben wieder Münzen — aber aber wieder eine Sparbüchse? D, die Zahl der Sparbücher nimmt täglich zu und beweist damit den Sparfimmel, der dem deutschen Volke von jeher innewohnt. Nur eins hat man noch nicht genügend wieder gelernt: Das Rechnen mit dem Pfennig, den Kestel vor dem Pfennig! Und doch verdient er heute, wo jeder über Not flagt, doppelte Wertschätzung. Gebet man den Kindern aus neue Gelegenheiten, zu sparen, mit dem Pfennig beginnend, und samme man auch selbst Groschen auf Groschen, die man „erspart“, dem „Sparfisch“ bei Tag! —

— Warnung vor der Fremdenlegion. Immer wieder melden die Zeitungen das Verschwinden junger Leute und ihr Auftauchen in der Fremdenlegion. Bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit liegt im Hinblick auf die traurige Behandlung, welche den Fremdenlegionären zuteil wird, weiterhin Veranlassung vor, vor dem Eintritt in die französische und spanische Fremdenlegionen nicht acht und nicht einträglich genug ihre Schüler vor dem Eintritt in die Fremdenlegion und die damit verbundenen Gefahren warnen.

Diegetro. In seiner letzten Versammlung beschloß der Männergesangsverein, dem Deutschen Sängerbund beizutreten. Am 12. Februar fand er sich beim Gau-Instanzial an dem Hause die meisten deutschen Gesangsvereine an. — Der Vaterländische Frauenverein veranstaltete am 10. Februar bei Ende März einen sechsstündigen Kochkurs, der unter der Leitung von Frau Carl-Entrade steht. Die Teilnehmerinnen versammelten sich am 18. Februar 9 Uhr in der leerstehenden Barre. An vier Tagen wird gefocht, ein Tag ist Nachtag, Sonnabend ist frei. Eine Hälfte der Teilnehmerinnen wird vormittags von 9—13 Uhr, die anderen abends von 18—22 Uhr beschäftigt. Meldungen zur Teilnahme werden noch von der Ortsleiterin, Frau Kästner, entgegengenommen.

Burschenschaften, 10. Februar. Der Ortsarbeitsrat der Burschenschaft zum Heim Hofschneider der Kreisfrage zu nahe, so daß ihm drei Finger der linken Hand glatt abgetagt wurden. Der Verunglückte wurde ins Naumburger Krankenhaus eingeliefert.

Merseburger. Der Konium-Gesellschaftsführer Niermann-Mendorf ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Er bleibt jedoch weiter Provinziallandtagsabgeordneter.

Meisenfelds. Kein Disziplinarverfahren. Auf den Vorwurf der Wahlfälschung bei der Wahl des Stadtverordnetenwahlkreises und auf den diesem Zusammenhang geltenden Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die beiden Verordnungspräsidenten Niermann-Mendorf und Kumer hat der Regierungspräsident geantwortet, daß er die Einleitung eines Disziplinarverfahrens ablehne. Nach seiner Ansicht liege die Möglichkeit eines Ertrums näher als die einer Fälschung. Soweit Pflichtverletzung von Beamten in Frage käme, lägen zwar nicht zu bildende, aber fittlich keineswegs verwerfliche Beweggründe vor. Es könne anerkannt werden, daß die Beamten sich des Ansehens und der Achtung ihres Berufes unwürdig gezeigt hätten.

Meuselbach. Bergarbeiter versöhnt. Au dem Heinrich-Schacht des Baunthobenerwerks zum Fortschritt wurde der Bauer Max Klotz aus Karna beim Auffahren einer Strecke von plötzlich hereinbrechenden Sandmassen verschüttet. Seine Leiche konnte erst nach 20stündiger Bergungsarbeiten gutaue gefördert werden.

Weimar. Juden ausgeschlossen. Wie gemeldet wurde, hat der nationalsozialistische Deutsche Studentenverband an der Ingenieurhochschule in Weimar in einer Vollversammlung der Studierenden den Antrag gestellt, den Studierenden der jüdischen Klasse im Hinblick auf die Zurückdrängung des deutschen Volkstums zugunsten des Judentums angesichts der Überlieferung der technischen Berufe die Zulassung für die Ingenieurhochschule zu verweigern. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Eilenburg. Raubanschlag eines 18jährigen. In dem Wägenrundfunk der Wägen Wächter, des etwas abseits von der Leipziger Landstraße liegenden der 18jährige arbeitslose Maler Beutel, um Kleie zu kaufen. Als die Wägen das Geld mehren wollte, überfiel ihn Beutel und verlor die Kasse zu entziehen. Er warf die Frau zu Boden und wirgte sie. Mit 375 RM lichte er das Vie. Von den Anfallen eines Verfalltraumens wurde der Fälscher eingeholt und der Frau gegenübergestellt. Er gab an, er habe für sich und seinen Freund Geld für ein Badierstück schaffen wollen. Der Freund ein 24jähriger Schlosser, scheint der Affizier zu dem Raubüberfall zu sein; er wurde ebenfalls festgenommen.

Stajfurt. Entlassungen bei der Preuba. Wie verlautet, sollen bei der Preuba größere Arbeiterentlassungen geplant sein, wovon etwa 200 Mann der Belegschaft betroffen würden.

Zeitz. Vom Zug getötet. Als der Elzuz Leipzig — Hamburg in den Zeitz Bahnhof einfuhr, ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Kaufmann Andreas aus Chemnitz geriet, wohl infolge der Glätte auf dem Bahnsteig, unter den Zug und wurde tödlich überfahren.

Seleben. Gefährliche Einbrecher. Kürzlich wurde in das hiesige Raiffeisenlager ein Einbruch verübt, bei dem in die hiesige Raiffeisenkasse 30 000 RM in die Hände der Einbrecher konnten bereits verschafft werden, und zwar in Meiningen. Sie hatten von Schloßheim den Schlüssel benutzt und waren dem Schaffner als verdächtige Betrüger aufgefallen. Eine Kriminalabteilung wurde durch den Fundstift an alle Kriminalämter verteilt. So gelang die verhältnismäßig schnelle Verhaftung. Von dem gestohlenen Gelde wurden noch 1600 RM vorgefunden.



## Deutschlands Genfer Aufgabe

Das Wort von einer „Krise des Völkerverbandssekretariats“ ist im Laufe der drei letzten Jahre von Zeit zu Zeit aufgegriffen. In der Tat sind die internationalen Beamten, das Völkerverbandssekretariat, das Internationale Arbeitsamt und der Haager Gerichtshof, in ihrer Art erstmalig, und deshalb war es nun vornehmlich besonders schmerzhaft, von den bisher üblichen und bekannten Methoden der „nationalen“ Verwaltung den richtigen Übergang zu den Methoden der internationalen Verwaltung zu finden.

Diese „Krise des Völkerverbandssekretariats“ hat ihre soziale und ihre politische Seite. Die politische Seite ist bedeutend schwächer als die soziale — bisher erhielten die internationalen Beamten keinerlei Pensionen und hatten keinen Anspruch auf Verletzung der Familienangehörigen, doch sind in dieser Hinsicht von der letzten Völkerverbandsversammlung weitgehende und sozial großzügige Beschlüsse gefasst worden. Nichts gefasst jedoch bisher, um der latenten „politischen Krise“ dieser internationalen Verwaltung entgegenzuwirken.

Wer die Zusammenlegung des Genfer Völkerverbandssekretariats studiert, wird leicht auf die Vermutung kommen, es handle sich beim Völkerverband um eine mehr oder weniger französisch-englische Einrichtung, denn beide Länder stellen tatsächlich die Mehrzahl der Völkerverbandsbeamten, namentlich auf den höheren, einflussreichen Posten. Diese Zustände wurden auch nach Deutschlands Eintritt in den Völkerverband nicht anders, und es ist gewiss kein Zufall, daß man dem deutschen Untergeneralsekretär das zwar interessante, aber politisch einflusslose Arbeitsgebiet der „geistigen Zusammenarbeit“ zuwies und daß bisher noch kein Deutscher in Genf Abteilungsleiter oder Direktor wurde, obwohl in den letzten Jahren zahlreiche derartige Posten frei geworden sind und obwohl auch deutsche Bewerbungen oder Kandidaturen vorlagen. Noch viel weniger hat man daran gedacht, Angehörige der anderen, ehemals mit Deutschland verbündeten Länder, die auch Völkerverbandsmitglieder sind, also Oesterreicher, Ungarn oder Bulgaren, in leitende Stellungen zu setzen.

Gegen diese ungerechtfertigte und dem Universalitätsanspruch des Völkerverbands durchaus abträgliche einseitige Begünstigung Englands, Frankreichs und ihrer Freunde haben jedoch die benachteiligten kleineren, neutralen Staaten wie auch Deutschland in Genf stets protestiert. Leider waren diese Proteste bisher fastlich wenig erfolgreich. Sie hatten zwar zur Folge, daß ein Sachverständigenauschuß von 13 Mitgliedern eingesetzt wurde, der einen deutsch-italienischen Minderheitsvorschlag vorlegte, nach dem die Direktorenposten nur den Angehörigen der kleineren Mächte offengehalten werden sollten. Der deutsch-italienische Vorschlag hätte wesentlich zum Ausgleich der bestehenden Ungerechtigkeiten in der obersten Leitung des Völkerverbandssekretariats beigetragen, denn er hätte bewirkt, daß in Zukunft die verhältnismäßig wichtigen Stellungen der Abteilungsleiter und Direktoren, die jetzt ebenfalls in der Mehrzahl mit Franzosen und Engländern besetzt sind, für die Angehörigen der kleineren Mächte reserviert worden wären.

Ueber diese Vorschläge kam es in der Völkerverbandsversammlung des vergangenen Jahres zu keiner Einigung, so daß man erneut einen Ausschuß von Sachverständigen einsetzte, der seine Tagung in dieser Woche in Genf beendete. Diesmal ist die ganze Behandlung der Sekretariatsreform wie das bekannte Hornberger Schicksal verlaufen — man hat nämlich sämtliche zur Debatte stehenden Vorschläge, soweit sie sich auf die politische Seite der Frage, die „oberste Leitung des Völkerverbandssekretariats“, beziehen, abgewiesen und begraben. Immer deutlicher wird damit die Tendenz, vorläufig an den Zuständen in der Leitung des Völkerverbandssekretariats überhaupt nichts zu ändern.

Wer weiß, wie groß der Einfluß der hohen Völkerverbandsbeamten auf die Völkerverbandspolitik und damit auf zahlreiche Fragen der internationalen Politik überhaupt ist, wird diese Tendenz bedauern. Solange die Oberleitung des Völkerverbandssekretariats in den Händen eines nicht nach den Grundsätzen internationaler Gleichberechtigung zusammengesetzten, sondern eines immer noch „interalliierten“ Gremiums liegt, besteht nach wie vor die große Gefahr, daß auch die Völkerverbandspolitik unter dieser Zusammenlegung des leitenden Beamtenstabes leidet. Und wenn man hört, daß diese Tendenz, den „Status quo“ im Völkerverbandhaus vorläufig beizubehalten, hauptsächlich mit der Rücksicht auf den gegenwärtigen (englischen) Generalsekretär begründet wird, so darf man darin gerade einen Beweis für den außerordentlichen Einfluß erblicken, den die hohen Völkerverbandsbeamten und vor allem der Generalsekretär ausüben.

## Die Berliner Papstfeier

Ansprache des Apostolischen Nuntius.

Berlin, 10. Februar.

Die Berliner Katholische Aktion feierte in der Pöhlbarmanne den Tag der neunten Wiederkehr der Krönung des Papstes Pius XI. Der große Mummenspiele Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Erschienenen bemerkte man die Minister Guérard, Schägel und Dr. Schmidt, zahlreiche Staatssekretäre und katholische Parlamentarier, Nuntiaturlate und das Berliner Domkapitel. Der Leiter der Berliner Katholischen Aktion, Ministerialdirektor Dr. Klausener, begrüßte den Nuntius und teilte mit, daß Reichstagspräsident Brüning augenblicklich an einer Jubiläumsschlußveranstaltung des Weiskäufel-Appellen Handwerkerbundes in Münster teilnehme. Der Bischof Dr. Scheibel habe noch vor dieser Feier einen Erholungsurlaub nach langer Krankheit antreten müssen.

Der päpstliche Nuntius hatte seinen Ausführungen das Merkwürdige „Liebe gegen alle und von allen“ zugrunde gelegt.

Ausgehend davon, daß Papst Pius XI. aus Liebe zur Menschheit bei jedem Unglück eines Volkes zu Hilfe gekommen sei, betonte er, daß die Caritas Christi als die Tochter des Glau-

bens stets die Tugend jedes Christen sein müsse und seinen Unterschied der Partei oder Konfession kennen dürfe. In der jüngeren Stunde, die alle Nationen gegenwärtig durchleben, müßten es alle als Ehrenpflicht empfinden, den Armen zu helfen. Wenn man den Lebenden keine materielle Gabe zu geben hätte, bleibe immer noch die Liebestat eines guten Wortes, einer brüderlichen Teilnahme, und wenn auch alle individuelle Liebestätigkeit erfüllt wäre, so bleibe immer noch für alle die Liebe zum Vaterland, das zwar alle liebend, aber jeder auf seine Art, in der Meinung, daß diese Art die beste sei.

Die Festrede hielt Ministerialdirektor Dr. Klausener.

Er sprach in Anlehnung an die vom päpstlichen Nuntius ausgegebene Botschaft „Liebe gegen alle und von allen“ über die Krise im Staate, in der Volksgemeinschaft, in der Kultur und Ehe. Nach einer Ansprache von Domkapitular Richterberg wurde die Feier mit dem gemeinsamen Gesang des Papstliedes geschlossen.

## „Mobilmachungsbefehl!“

Ein nationalsozialistischer Aufruf.

Gernitz, 11. Februar.

Die Ortsgruppe Gemnitz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat an den Plakataufhängen einen sogenannten „Mobilmachungsbefehl“ anheften lassen, in dem es heißt:

„Freiwillige vor! Schwere Entscheidungen stehen bevor. Täglich flücht in allen Kreis Deutschlands Blut. Bürgerkriegsorganisationen des Reichsbanners wollen am 22. d. M. ihre Mobilmachung beenden haben. Jeden Tag legen wir von blutigen Heberfüßen der Kommunisten, der Häftling-Gardisten auf Nationalsozialisten. Unter erster Mobilmachungstag ist der 10. Februar. Jetzt müssen alle um die Zukunft unseres Volkes besorgten Deutschen zusammenstehen. Es geht um die Freiheit unseres geliebten Vaterlandes. Darum rufen wir alle deutschen Männer und Junglinge auf. Sofort antreten zum SA-Marsch! Sofort einfinden! Jahrestag 1913 bis 1917 Hitler-Jugend, 1896 bis 1913 SA. Alle vor 1896 Geborenen zur SA-Reserve.“

## Große Unterschlagungen in Frankfurt/Main

Frankfurt a. M., 11. Februar. Wie der Frankfurter evangelische Landeskirchenrat bekanntigt, hat der Kaufmann Friedrich Nagel als Vorsitzender des Kirchenfeuerauschusses der Vereinigten evangelischen Stadtkirche in den Jahren 1925 bis 1929 von den durch seine Hände gegangenen Vereinnahmungen größere Beträge unterschlagen und zur Erfüllung seines notwendigen Geschäftes verwendet. Die Unterschlagungen wurden durch fällige Übertragung der Einkünfte auf das Kirchenfeuer-Pflichtkonto verdeckt. Der gesamte Fehlbetrag beläuft sich auf 136 700 Reichsmark. Der Schuldschein ist geltändig. Strafanzeige ist erstattet.

Trotzdem meine sämtlichen Waren schon seit Monaten zu den billigsten Tagespreisen verkauft werden, sind meine Wertbewahren in der

**Weissen Woche**

eine Spitzenleistung.

**Friedrich Krey**  
Inh. Emil Krey

## Betr. Wassergeld.

Sämtliche Wasserabnehmer werden aufgefordert, das für die Zeit vom 1. Januar — 31. März d. Js. fällige Wassergeld bis zum 20. Februar 1931 an die Stadtkasse zu entrichten.

Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird das noch nicht entrichtete Wassergeld im Wege des Verwaltungszwangsvorfahrens eingezogen. Es treten dann noch zu dem Wassergelde die gesetzlichen Einziehungsgebühren.

Nebra, den 10. Februar 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

## Volksschule Nebra.

Die Anmeldung der zu Ostern schulpflichtigen Kinder erfolgt am Freitag, den 13. Februar, im Lehrerzimmer der Volksschule, und zwar für die Knaben um 14 Uhr, für die Mädchen um 15 Uhr.

Schulpflichtig ist jedes Kind, das bis zum 30. Juni 1931 sechs Jahre alt wird.

Für Kinder, die außerhalb geboren sind, ist Taufschein und Impfschein mitzubringen.

Nebra, den 10. Februar 1931.

Der Rektor.

Veröffentlicht:

Nebra, den 11. Februar 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

## Gasthof Wendelstein

Der geübten Einmohlerlichkeit Benbefleins und der Umgebungen diene zur Mitteilung, daß ich bis auf weiteres den Betrieb der Gastwirtschaft weiterführe.

Ich werde bestrebt sein, den Besuchern dieser gernbesuchten Gaststätte mit Speisen und Getränken gut aufzuwarten und jede alle Freunde dieses Ausflugsortes mit feiner einstudierte faden Aussicht ins Tal zur Einkehr im Gasthof freudlichst ein.

**Kurt Meitz**

## Freiwillige Feuerwehr Nebra



Zu unserem am Sonntag, den 15. Februar im Saale des Preußischen Hof

abends 8 Uhr stattfindenden 54 jähr. Stiftungsfeste

bestehend aus

**Theater und Ball**

ladet Freunde und Gönner hierdurch herzlich ein

Das Kommando.

Karten im Vorverkauf bei Herrn Buchhändler Scharf.

Saalplatz, nummeriert, 1 Mk.,

Gitarde und Galerie 50 Pfg.

## Belhagen & Klafings Monatshefte

genießen im In- und Auslande den Ruf der schönsten deutschen Monatschrift

Monatlich nur 2,40

## Der Leserkreis:

Jeder kulturbedürftige Deutsche, der an der Entwicklung seiner Zeit lebendigen Anteil nimmt.

## Jedes Heft bringt

Meisterwerke moderner Erzähler Plaudereien hervorragender Schriftsteller aus allen Gebieten des Lebens und der Kultur. Herrliche Wiedergaben aus Werken der bildenden Kunst.

Belhagen & Klafings Monatshefte machen Ihr Heim zu einer Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Belhagen & Klafing, Leipzig 31 überendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Heft (sonst 2,40) als Probeheft

## Dank.

Aus ganzem Herzen danken wir denen, die uns in wahrhaft christlicher Nächstenliebe anlässlich des plötzlichen Todesfalles beigetragen haben. Ebenso herzlichen Dank sprechen wir allen aus, die uns durch Bekundung ihrer Teilnahme Trost spendeten. Dem Krieger- und Bürgerverein sei Dank für die Ehrung des Verstorbenen.

**Clara Geldner, geb. Jacobi**

im Namen aller Angehörigen.

Nebra, im Februar 1931.

Für die unserer lieben Heimgegangenen, der Frau Gastwirtsbesitzerin Antonie Neumann, erwiesene Ehrung und für die uns bezugte Anteilnahme an unserem Schmerz sagen wir herzlichsten Dank.

Wendelstein/Nebra, im Februar 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Wwe. Wilhelmine Meitz und Kinder.**

# Nebrauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: W.H. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Volksredaktion: Leipzig Nr. 28332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 19

Donnerstag, den 12. Februar 1931.

44. Jahrgang

## Curtius erstattet Bericht.

Berlin, 11. Februar.

Im Regierungsbüro: Reichszkanzler Dr. Brüning, Außenminister Dr. Curtius.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des auswärtigen Amtes, und zwar nur das Kapitel über das Ministergehalt, da der Haushalt des auswärtigen Amtes selbst noch nicht beraten ist. Verbunden mit der Beratung ist ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen den Außenminister und zahlreiche außenpolitische Entwürfe und Interpellationen der Parteien. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten verlangen die Schaffung eines ausreichenden Grenzschutzes gegen polnische Uebergriffe sowie Maßnahmen zur Rückgabe der geraubten Ostmarken. Zahlreiche Interpellationen der Oppositionsparteien beschäftigen sich mit der Währungsfrage.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest W. S. 68 (Nat.-Soz.), während sich die Nationalsozialisten von den Vätern erheben.

### eine längere Erklärung.

Ohne zwingende Not habe das Kabinett den Artikel 48 in Anwendung gebracht. Namentlich hätten die Tribünenparteien auch eine verfassungswidrige Wenderung der Geschäftsordnung zur Verewaltung der Opposition durchgeführt. Die Nationalsozialisten würden den Tribünenstag, dieses Haus des organisierten Verfassungsbruches (Präsident Söbe erreicht dem Redner eine Ordnungsur), verlassen. Sie appellierten an den Reichspräsidenten, den Reichstag aufzulösen. „Wir verlassen das Jung-Parlament und werden dieses Haus erst wieder betreten, wenn sich etwa die Möglichkeit bietet, eine besonders lächerliche Maßnahme der Mehrheit gegen die Minderheit abzumehren.“  
Stürmischer Beifall bei den Nat.-Soz., die ein dreifaches „Heil“ auf Stiller ausbringen und dann unter höhnischen Zurufen der Kommunisten und Sozialdemokraten geschlossen den Saal verlassen.

### Wg. von Freitag-Vertragsgesetzen (Dnt.)

Wg. von Freitag-Vertragsgesetzen (Dnt.)  
Namentlich seiner Kräftigung eine längere Erklärung ab, in der scharf gegen die Vergewaltigung des Minderheit durch die schwarz-rote Mehrheit protestiert und erklärt wird, daß die Deutschnationalen auf eine weitere Mitarbeit mit dieser Mehrheit verzichten. Die weiteren Ausführungen des Redners, die sich scharf gegen das bestehende System richten, werden durch stürmische „Heil- und Haus-Rufe“ unverständlich. Präsident Söbe verläßt ohne Erfolg, die Ruhe wiederherzustellen. Der Redner verläßt schließlich, ohne seine Ausführungen beenden zu können, unter dem Beifallstößen der Deutschnationalen die Rednertribüne, worauf die deutsch-nationale Fraktion geschlossen den Sitzungssaal verläßt.

### Wg. Dr. Wendhausen (Landvolk)

Wg. Dr. Wendhausen (Landvolk)  
Schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Unter Umständen „Haus“ bitten bei den Parteiparteien verläßt dann auch die Landvolkfraktion den Saal.  
Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein.

### Reichsaußenminister Dr. Curtius

Reichsaußenminister Dr. Curtius  
Istet dann die außenpolitische Aussprache ein. Er erklärt einleitend, daß er sich nicht auf einen Bericht über die Genfer Verhandlungen beschränken, sondern von seiner Grundlage aus den wichtigsten allgemeinen Fragen unserer Außenpolitik nachgehen werde. Er beginnt mit der Besprechung der Verhandlungen des Studienauschusses für europäische Zusammenarbeit. Den breitesten Raum nahmen in diesen Verhandlungen die Wirtschaftsberatungen ein. In erster Linie hat sich der Studienauschuss mit der landwirtschaftlichen Krise beschäftigt. Bis zum Mai sollen brauchbare Pläne vorgelegt werden.

Es ist nicht zu verkennen, daß der Wille zur Zusammenarbeit auf allen Seiten zutage getreten ist. Die deutsche Auffassung zu dieser Frage ist in der Antwortnote auf das französische Memorandum niedergelegt und hat fernerhin weitestgehende Zustimmung in der deutschen Öffentlichkeit gefunden.

...kritik colorchecker CLASSIC...  
...deutschen Ziel im Prinzip europäusches...  
...unser Beziehung...  
...Das Erform...  
...immer wieder...  
...der großen euro...  
...die...  
...Fragen ist das...  
...Europas, wenn...  
...kenntnis der Ur...  
...Situat...  
...gen für die zur...  
...saktionen anderer...  
...dem Wege ge...  
...regung, daß ein...  
...Wir wollen aber...  
...grundlage unseres...  
...Wir geben die...  
...ausföhrlichen Volk...  
...Frage ein...  
...geprüft habe...

Nach der ganzen Haltung der deutschen Vertretung in der Vorberathenden Abrüstungskommission hat es selbstverständlich, daß wir das Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission ablehnten. Wir haben im Wöhrerbundrat nochmals dargelegt, daß der Konventionentwurf keine verpflichtende Kraft habe. Der endgültige Termin für die Abrüstungskonferenz ist jetzt endlich festgelegt. Sie beginnt im Anschluß an die Sanierung des Wöhrerbundrats am 2. Februar 1932 zu einem Zeitpunkt, wo ein Teil der Außenminister ohnehin in Genf verammelt ist und eine lange pausenlose Arbeitsperiode zur Verfügung steht. Die Personenfragen sind noch offen gelassen.

Für uns ist entscheidend, daß wir einen klaren Rechtsanspruch auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung haben und daß wir uns mit einer noch längeren Verzögerung der Erfüllung dieses Anspruchs nicht abfinden werden.

Nach gestern hat der englische Außenminister erklärt, daß jedes Mitglied des Wöhrerbundrats durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sei. Für alle Welt ist die Lösung der Abrüstungsfrage der Prüffstein des Wöhrerbundes.

### Der Konflikt mit Polen

Am Mittelpunkt der Tagung des Wöhrerbundrats stand die Behandlung der politischen Gewalttaten gegen die deutschen Minderheiten. Es war das erste Mal, daß eine Ratsmacht von sich aus die Zimmerkammer des Wöhrerbundrats auf eine Verletzung der Minderheitsrechtebestimmungen gelenkt hat. Der Sachverhalt lag so klar, daß eine Beweisaufnahme nicht erforderlich war und der Rat zu einer sofortigen Entscheidung kam.

Mit klaren Worten stellt der Bericht fest, daß in zahlreichen Fällen eine Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vorliegt. Er verlangt von Polen bis zum Mai eine Mitteilung der Ergebnisse der eingeleiteten Verfahren und der Entschädigungsaktion. Ohne Nennung von Namen wird mit aller Deutlichkeit auf die Schulden hingewiesen.

Es ist für die Geschichte des Wöhrerbundrats von besonderer Bedeutung, daß die Verletzung von Vertragsverpflichtungen durch eine der Wöhrerbundrats angehörende Macht in aller Deutlichkeit erfolgt ist und daß der Wöhrerbundrat eine Ratsmacht so eindringlich aufgefordert hat, die vorhandenen Mißstände zu beheben.

Daran ändern nichts gewisse Erklärungen im Auswärtigen Amt des Senats in Warschau, die vergeblich zu behebigen versuchen.

In der Möglichkeit der Ausführung der Berichte der polnischen Regierung bei den Minderheiten liegt die wichtigste Garantie, die uns und den Minderheiten gegeben ist. Wir werden uns an dieser Aufgabe wie bisher aktiv beteiligen und nach Beendigung des politischen Wöhrerbundtrestreites prüfen, ob die Möglichkeit für eine weitere Verbesserung des Minderheitschutzverfahrens gegeben ist.

### Nemeland und Ostafrika.

Im Wöhrerbundrat wurden darüber hinaus die Nemeland- und die Ostafrika-Frage behandelt. Von den strittigen Nemelandfragen hat nur diejenige des Vortrags eine Klärung gefunden. Wir hoffen, daß es gelingt, zu einer Einigung zu kommen, ohne daß die Angelegenheit des Wöhrerbundrats erforderlich ist. Bei der Frage der Kolonialmandate handelt es sich um die bekannten englischen Bestrebungen, das ostafrikanische Mandatsgebiet mit den britischen Kolonien zusammenzuschließen. Deutschland hat diese Bestrebungen von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

Die Reichsregierung wird ihre weiteren Schritte von dem Ausgang dieser Verhandlungen abhängig machen. Sie wird dabei keine Handhabe unterlassen, um der deutschen Auffassung von der Unantastbarkeit der Selbstständigkeit der Mandatsgebiete Geltung zu verschaffen.

### Das Verhältnis zum Wöhrerbund.

Der Minister macht dann Ausführungen über die allgemeine Einstellung zum Wöhrerbund. Genötigt haben wir oft Anlaß zu scharfer Kritik an den Beschlüssen des Wöhrerbundes gehabt. Aber Kritik und Enttäuschung sind nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, unsere Mitgliedschaft und damit den Kampf in Genf aufzugeben. Selbstverständlich steht die Reichsregierung nicht auf dem Standpunkt, daß Deutschland unter allen Umständen im Wöhrerbund zu bleiben hätte. Wenn er sich der Erfüllung derjenigen Aufgaben, die der Vertrag seines Daseins bilden, verweigert, dann wären wir vielleicht eines Tages zu neuen Entschlüssen gezwungen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, den Wöhrerbund immer mehr zu einer Aktivität zu bringen, die seinem wahren Grundgedanken entspricht.

### Die Kriegsschuldfrage.

Mit der moralischen Gleichberechtigung Deutschlands steht im engsten Zusammenhang die Kriegsschuldfrage. Alle deutschen Regierungen haben immer wieder gegen die Verfallener Kriegsschuldtheorie scharfe Verwahrung eingelegt.

Ganz Deutschland ist darüber einig, daß ihm durch das einseitige Schuldverfallen ein schweres Unrecht zugefügt worden ist. Zahlreiche Kundgebungen von anderer Seite haben den deutschen Standpunkt vor aller Welt klargelegt. Der Tag ist nicht fern, an dem Richter der Geschichte zusammenzutreten werden, um endlich den Spruch der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu fällen.

### Reparationen.

Die Reparationsfrage, die ich zum Schluß behandle,

stand noch in Genf zur Verhandlung. Seit einem Jahre ist der neue Plan in Kraft. Injere Gegner wissen, daß wir ihn nicht zerrören werden.

Wie die Unverzichtbarkeit der Pflicht zur Zahlung privater deutscher Finanzschulden, so steht fest, daß wir über unsere öffentlichen Schuldverpflichtungen nur auf dem Vertragsboden, nur mit den Mitteln internationaler Rechtsordnung verhandeln und handeln werden. Aber unsere Gläubiger wissen auch, daß wir eine Garantie für die Erfüllung der neuen Pläne abgeben haben.

Die Reichsregierung hat am Neujahrstag dem Reichspräsidenten gegenüber die Verantwortung übernommen, daß das deutsche Volk durch unerträgliche Lasten nicht seiner sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird. Wie nach innen die Reparationsfrage der wichtigste Teil unseres ganzen Finanzproblems ist, so steht nach außen im Zusammenhang der Außenpolitik. Diese Aufgabenbereiche dürfen wir niemals außer acht lassen. Ich bin deshalb mit dem Reichszkanzler der Meinung, daß Recht und Maßnahmen für eine Erleichterung unserer Lasten nicht ohnehalb solcher Zusammenhänge bestimmt werden dürfen.

Manche Kreise in Deutschland neigen zu einer Anschauung, die behauptet, daß die Werte des nationalen Lebens verlieren, daß wir uns gleichsam in einem eigenen Wolfe feindlichen Zusammenhang verstricken lassen. Gerade in Genf und bei sonstigen internationalen Verhandlungen ist aber die Verantwortung für das deutsche Volk nach.

Genau dort ist das Nationalbewußtsein hell und wird im internationalen Ringen um die Höhenbildung der Menschheit nicht verdrängt.

In diesem Ringen ist es aber von entscheidender Bedeutung, daß die geistige Gemeinschaft, die geistliche Mitarbeit, die Religion im Volke vorbereitet und verheißt wird.

### Ziele der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt ihre außenpolitischen Ziele gekennzeichnet: Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege des Friedens unter Achtung eines Politik der Abenteurer. Hinter diesem Ziel steht die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes.

Die Rede des Außenministers wurde mit Beifall aufgenommen und fand am Schluß den lebhaftesten Beifall der Mehrheit. Präsident Söbe hielt darauf aus dem Stenogramm fest, daß in der Erklärung des Wg. Dr. von Freitag-Vorhaben Beschlüssen nicht enthalten seien.

### Die Aussprache.

Wg. Stämpfer (Soz.)

Wg. Stämpfer (Soz.)  
erklärt, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hätten darauf spekuliert, daß Deutschland in Genf eine Niederlage erleide. Nun es aber anders gekommen sei, betrachte sie den deutschen Sieg als Niederlage und rufen aus, zu begrüssen die Erklärung der Außenminister, daß als Deutschland die Frage der Neuordnung der Gleichberechtigung und die Regelung der deutsch-französischen Beziehungen angehen werden müsse. Die Reichsregierung habe an dieser Politik nur auszuhalten, daß sie nicht noch theatralischer und noch großmäuliger gemein sei. Hätten wir eine Außenpolitik nach dem Wunsch dieser Herren gehabt, dann würde heute von Deutschland nicht ein Faser mehr übrig sein. (Beifall.)

### Wg. Raas (Ztr.)

Wg. Raas (Ztr.)  
stellt fest, daß die Verhandlungen durch den Auszug der sogenannten nationalen Opposition an Sachlichkeit und Heiligkeit gewonnen hätten. Die Rechte habe immer behauptet, die außenpolitische Aussprache müsse gegen den Willen des Ministers erzwingen werden. Nun aber, da der geistige Kampf begonnen solle, ergreife die sogenannte nationale Opposition die Flucht. Im neuen Europa muß der Grundlag der ehrlichen Gleichberechtigung aller Völker durchgeführt sein. Wir haben den Wunsch, daß eine gleichwertige Sicherung erreicht wird durch Abrüstung der anderen. Gegenüber den Grenzen, die der politische Staat gefunden hat, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat auch gegen seine eigenen wohlhabenden Interessen in Verlaß gefunden hat, habe wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht vorbehalten, jezeitlich, die gesamte Neuregelung der deutsch-französischen Verhältnisse nicht den Verpflichtungen der England bei der Übernahme des Mandats übernehmen hat. In der Kriegsschuldfrage, so betont der Redner weiter, arbeite die Zeit für uns. In der Reparationsfrage wünschen wir eine Begleichung. Wir brauchen statt der inneren Zerrüttung Sammlung und eine ehrliche, selbstbewußte Verhandlungspolitik. (Beifall beim Zentrum.)

### Wg. Dauch (DVP)

Wg. Dauch (DVP)  
steht in dem Auszug der Rechtsopposition die notwendige Folge einer Agitationspolitik, die aus dem Resttag eine Bahloerlammung machen wollte. Der Redner begrüßt die Genfer Entscheidung gegen Polen. Für die Führung der Genfer Verhandlungen gebühre dem Außenminister der Dank des Reichstags. (Beifall.) Die Revision der jetzigen Reparationsverpflichtungen sei dringend notwendig. Vorauszugen müsse die innere Sanierung. Wir haben den Jugendplan aufs genaueste erfüllt, aber wir vermögen bei den anderen die Erfüllung ihrer Pflichten. Wir alle stehen unter Vater